

Es geht uns alle etwas an

Seebrücke Kiel

Drei Jahre Seebrücken in Schleswig-Holstein

Der Flüchtlingsrat gründete sich in den 1990ern, weil die weltweit zahlreichen Kriegen Entkommenen auch hierzulande Solidarität anmahnten. Die Seebrücke gründete sich, weil wir nicht mehr zuschauen konnten, als eine Generation später immer noch und immer wieder Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer starben.

Schnell begriffen wir, dass es nicht nur um das Retten von Menschen auf dem Mittelmeer geht, sondern um das große Ganze, um den Umgang mit schutzsuchenden Menschen in den vermeintlich sicheren Ländern der Europäischen Union.

Der Umgang mit den schutzsuchenden Menschen steht symbolisch für die Abschottungspolitik der europäischen Staaten, die alles in ihrer Macht Stehende versuchen, diesen Menschen die Flucht zu erschweren, ihnen die Hoffnung auf ein besseres, friedlicheres Leben zu vermießen. Seit Jahren kann immer wieder beobachtet werden, wie das Asylrecht ausgehöhlt wird, wie es Menschen immer schwerer gemacht wird, wirklich anzukommen. Die Abschreckung durch ertrinkende Menschen, Lager wie Moria und durch die Gewalt, die in Pushbacks vom sogenannten Grenzschutz ausgeht, ist für die europäischen Staaten ein probates Mittel. Gleichzeitig werden im „New Pact on Migration and Asylum“ Pläne für geschlossene Lager geschmiedet, die sich juristisch nicht auf europäischem Boden befinden sollen, um den Menschen ihre Rechte noch einfacher nehmen zu können.

Wie ungerecht all das ist, wird klar, wenn wir uns als Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit unserem Pass beinahe überall auf der Welt frei bewegen und uns sogar relativ einfach niederlassen können. Wir dürften leben, wo wir wollen. Wir leben also in einer Gesellschaft, in der manche ein Recht auf Mobilität haben und andere nicht.

22 Sichere Häfen und ein Abschiebungsgefängnis

In Deutschland hat die Seebrücke-Bewegung in den letzten drei Jahren dafür gekämpft, dass sich Kommunen, Gemeinden und Städte zu Sicheren Häfen für Menschen auf der Flucht erklären. Allein in Schleswig-Holstein gibt es mittlerweile 22 Sichere Häfen. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der Zivilgesellschaft, die sich solidarisch mit schutzsuchenden Menschen zeigt. Ein Sicherer Hafen bedeutet für uns aber nicht nur, dass Menschen zu uns kommen können. Wir müssen auch dafür sorgen, dass sie bleiben können.

Doch in unserer Nachbarschaft wird in Glücksstadt gerade ein neues Abschiebegefängnis gebaut, das im Juli 2021 den Betrieb aufnehmen wird und einmal mehr für die Kriminalisierung von Flucht sorgt. Und das mit der Legitimierung der Grünen in Schleswig-Holstein.

Deutschland sperrt Menschen ein, obwohl sie keine Straftat begangen haben. Deutschland kriminalisiert Menschen, die auf der Suche nach einem Leben ohne Krieg, Gewalt, Verfolgung und Armut sind oder einfach, weil sie hier gern leben möchten. Deutschland schiebt in Länder ab, in denen erhebliche Gefahren durch Krieg, Folter und Diskriminierung herrschen. Deutschland nimmt durch die Abschiebep Praxis den Tod, die Verfolgung und die Folter derer in Kauf, die hier Schutz gesucht haben, dann aber abgeschoben werden.

Ein Sicherer Hafen ist kein sicherer Ort, wenn Menschen nach Flucht vor Krieg, Gewalt, Armut und Tod auf der Suche nach einer sicheren Zukunft, nach einem sicheren Ort, genau dieser verwehrt wird. Deshalb kann die logische Forderung an unsere Sichere Häfen nur sein, die Praxis der Abschiebungen, das Abschiebegefängnis



nis in Glückstadt und anderswo abzulehnen und die Grünen dafür zu kritisieren, dass sie dies als Landesregierungspartei der Koalition haben durchgehen lassen.

78 Prozent der aus Seenot aufgenommenen Menschen werden wieder abgeschoben, weil ihnen kein internationaler Schutzstatus oder ein Abschiebeverbot zuerkannt wird. Gerade mal 22 Prozent erhalten damit ein Bleiberecht.

Brennglas über allen Schwierigkeiten und Problemen

Indem unsere Regierungen entscheiden, dass zum Beispiel Afghanistan quasi als ein sicheres Herkunftsland gilt, werden Menschen dorthin abgeschoben, die ganz klar

zulande ein Brennglas über alle Schwierigkeiten und Probleme gestülpt, sondern erschwert auch die Situation in den Lagern an den europäischen Außengrenzen bzw. für schutzsuchende Menschen. Die Corona-Krise zeigt, dass wir nicht alle im selben Boot sitzen, dass Mittel da sind, um Ideen umzusetzen, dass aber oft der politische Wille fehlt, um die Ideen zu verwirklichen.

Während wir im Home-Office sitzen, unser Studium online weiterführen bzw. unsere Kontakte auf das Nötigste minimieren konnten, machten sich viele Menschen weiterhin auf die Flucht. Während wir von zu Hause aus auf unsere Impftermine warten, fehlt es in den Camps und in weniger privilegierten Ländern an medizinischer Versorgung, an Impfstoffen oder

der großen Parteien das Thema Flucht und Migration mit genug Nachdruck, geschweige denn mit richtigen Ansätzen und einer humanen Haltung.

Wir haben keine Lust mehr darauf, dass wir als Expert*innen zwar gern eingeladen, aber nicht ernst genommen werden. Wir möchten keine Parteien mehr sehen, die sich mit „No More Morias“ vor dem Bundestag medienwirksam in Szene setzen und dann bei Abstimmungen gegen die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen stimmen.

Wir möchten das nicht mehr, weil weiterhin Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer sterben, gesehen vom europäischen Grenzschutz Frontex oder weil diese Menschen auf der Flucht ille-



nicht sicher sein werden. Weil sie politisch Verfolgte sind, weil sie die medizinische Versorgung, die sie hier bekommen haben, dort nicht erhalten. Weil sie keinen Ort mehr haben, an den sie zurückgehen können. Es gibt viele Gründe, warum Afghanistan kein sicherer Ort ist.

Doch nicht nur über Afghanistan wird diskutiert. Horst Seehofer träumt schon länger davon, dass auch Syrien „endlich“ wieder als sicheres Herkunftsland gilt. Politiker*innen, die sich in ihrer Wortwahl rassistisch diskriminierend äußern, gibt es leider nicht nur im Innenministerium. Und dabei geht es nicht nur um Ausrutscher, sondern um ganz bewusst gesetzte rassistische, politisch rechts zu verortende Agenden, die den Diskurs nach rechts verschieben sollen. Und dagegen müssen wir uns entschieden stellen. Und nicht nur wir als Bewegung, sondern wir als Gesellschaft.

Die letzten Monate ist unsere Arbeit, unser Aktivismus, so wie bei vielen anderen auch, durch die Pandemie erschwert worden. Covid-19 hat nicht nur hier-

Testmöglichkeiten.

Einmal mehr sieht Europa wie Menschen sterben und lässt es zu. Anstatt Leben zu retten und zu sichern, wird um Impfstoffpatente gestritten und der Impfstoff zu geistigem Eigentum erklärt. Wir setzen uns ein gegen die Politik, die unter dem Motto „Europa zuerst“ agiert. Denn das Problem dahinter ist eines, dass uns stetig umtreibt: Rassismus.

Wer wollen wir als Gesellschaft sein?

Wir stehen in diesem Wahljahr gesellschaftlich vor der Frage: Soll es so weitergehen, wie die letzten Jahre? Wer wollen wir als Gesellschaft sein? Geben wir auch dieses Jahr Parteien die Macht in die Hand, die über die Köpfe von Menschen hinweg bestimmen, statt sie wirklich teilhaben zu lassen? Lassen wir weiterhin Parteien gewähren, die die Gefahr von rechts auch in ihren eigenen Reihen nicht ernst nehmen? Bisher thematisiert keine

gal zurück in einen Unrechtsstaat gepusht werden. Nicht nur Frontex sieht das, auch SPD, Die Grünen, die CDU, alle Parteien sehen das. Doch geändert hat sich an dieser Situation seit Jahren nichts. Es wurde nur schlimmer und normaler.

Wir treten keinen Schritt zurück von unseren Forderungen nach sicheren Fluchtwegen, Bewegungsfreiheit, Abschiebeverboten, der Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung und der Abschaffung von Grenzschutzorganisationen wie Frontex.

Und wir stehen auch künftig mit allen anderen hierzulande und bundesweit Engagierten für eine bessere Politik gemeinsam dafür ein: Für das Recht zu kommen, das Recht zu bleiben und das Recht, sich sicher und frei bewegen zu können!

Leave No One Behind!

Mehr Information über die Seebrücke Kiel:
www.seebruecke-kiel.de